Zusammenstellung der erstinstanzlichen Strafsachen,
die im März 2025 vor dem Landgericht Bielefeld
verhandelt werden sollen

Hinweis: Die angegebenen Termine können kurzfristig jederzeit noch geändert werden. Es wird gebeten, Änderungsmitteilungen zu beachten.

Zudem ist das jeweils aktuelle Verzeichnis der Sitzungstermine für 1 Woche im Voraus im Internet unter www.lg-bielefeld.nrw.de einsehbar.

In allen Verfahrensabschnitten bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung gilt die Unschuldsvermutung.

1. Strafsache
gegen
A. (46)
wegen des Verdachts des schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern
u.a.

06.03.2025, 09:00 Uhr, mit Fortsetzungen am 26.03., 10.04., 28.04., 19.05.,
22.05. und 26.05.2025, jeweils 9:00 Uhr,
III. Strafkammer, Saal 33,
(3 KLS - 566 Js 539/21 - 34/24)

Die Staatsanwaltschaft legt dem Angeklagten folgendes zur Last:

Er soll in der Zeit zwischen Sommer 2014 und August 2018 den zu Beginn des Tatzeitraumes 5 Jahre alten Neffen seiner Ehefrau bei 9 Gelegenheiten in Bad Oeynhausen und Umgebung sexuell – teilweise schwer – missbraucht und teilweise auch vergewaltigt haben.

In der Zeit zwischen 2013 und 2018 soll der Angeklagte zudem die zu Beginn des Tatzeitraumes 6 Jahre alte Nichte seiner Ehefrau bei 8 Gelegenheiten in Bad Oeynhausen sexuell – teilweise schwer – missbraucht haben.

Im Februar 2021 soll der Angeklagte zudem im Besitz diverser kinderpornographischer Bilddateien gewesen sein.

2. Strafsache

gegen

a) M. (28)

b) P. (27)

c) B. (40)

b) A. (35)

wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung u.a.

07.03.2025, 13:00 Uhr, mit Fortsetzungen am 18.03., 21.03., 03.04., Jeweils 9:00 Uhr, 07.04., 10.04., Jeweils 12:00 Uhr, 28.04., 13:00 Uhr, und 06.05.2025, 11:00 Uhr,

X. Strafkammer, Saal 1,

(10 Ks - 676 Js 262/24 - 21/24)

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Angeklagten folgendes vor:

Am 03.06.2024 sollen die Angeklagten gemeinsam mit 3 bis 4 weiteren unbekanntem Mittätern den Geschädigten in dem von ihm betriebenen Café in Bielefeld-Brackwede aufgesucht haben. Sie sollen sich als Mitglieder der Gruppierung „Bandidos“ ausgegeben und erklärt haben, dass Café übernehmen zu wollen. Im weiteren Verlauf soll der Angeklagte zu b) den Geschä-

digten mit einem Schlagring in das Gesicht geschlagen haben. Die Angeklagten zu c) und d) sollen den Geschädigten gegen Kopf und Oberkörper geschlagen und getreten haben. Im Folgenden sollen die Angeklagten dem Geschädigten 3 Möglichkeiten eröffnet haben: entweder das Café zu übergeben oder Mitglied der Bandidos zu werden oder 10.000 € zu zahlen. Andernfalls würden sie mit 50 Leuten wiederkommen und der Geschädigte wisse, was dann passiere. Anschließend sollen die Täter die Örtlichkeit verlassen haben.

Der Geschädigte soll Verletzungen an Kopf und Hüfte erlitten haben.

Am 22.07.2024 soll der Angeklagte zu c) den Geschädigten in einem Grillrestaurant in Bielefeld-Brackwede angetroffen und diesen zwecks einer Aussprache vor die Tür gebeten haben. Dort sollen sich bereits die Angeklagten zu b) und d) mit einer weiteren Person sowie zwei weitere später Geschädigte befunden haben. Der Angeklagte zu b) soll auf den Geschädigten eingetreten und eingeschlagen haben. Einen zum Selbstschutz mitgeführten und nunmehr gezogenen Revolver soll der Angeklagte zu b) dem Geschädigten abgenommen und an den Angeklagten zu d) weitergegeben haben. Dieser soll mit dem Schriftstück der Waffe auf den Kopf des Geschädigten und einen weiteren Geschädigten eingeschlagen haben. Der Angeklagte zu b) soll zudem auf einen weiteren Geschädigten eingetreten haben.

Der Hauptgeschädigte soll wiederum Kopfverletzungen und Verletzungen am Körper und Armen und Händen erlitten haben.

Ein weiterer Geschädigter soll aufgrund der erlittenen Verletzungen an Kopf und Hüfte mehrere Tage stationär im Krankenhaus behandelt worden sein.

Am 07.08.2024 soll der Angeklagte zu c) im Besitz eines Schlagrings gewesen sein.

3. Strafsache

gegen

H. (28)

wegen des Verdachts des räuberischen Diebstahls u.a.

10.03.2025, 9:00 Uhr, mit Fortsetzungen am 24.03. und 28.03.2025, jeweils 9:00 Uhr,

XXI. Strafkammer, Saal 2,

(21 Ks - 401 Js 1931/24 - 27/24)

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Angeklagten folgendes vor:

In der Nacht auf den 05.07.2024 soll der Angeklagte gemeinsam mit einem Mittäter den Grillfleischautomaten einer Fleischerei in Bielefeld mit einer Brechstange aufgehebelt und die dadurch erlangte Geldkassette ebenfalls aufgehebelt und aus dieser 50 € Bargeld entwendet haben. An dem Automaten soll ein Sachschaden in Höhe von knapp 15.000 € entstanden sein.

Am 14.07.2024 soll der Angeklagte in eine Kfz-Werkstatt in Bielefeld eingebrochen sein um Stehlenswertes zu entwenden. Er soll noch am Tatort von von Zeugen hinzugerufenen Polizeibeamten festgenommen worden sein.

Am 10.09.2024 soll der Angeklagte in das Erdgeschoss eines Gebäudes in Bielefeld mittels Aufbrechens der Hintertür eingebrochen sein und eine hochwertige Arztes zusammen im Wert von ca. 2.000 € sowie einen Schlüsselbund entwendet haben.

Durch das Aufbrechen der Hintertür soll ein Schaden von 1.200 € entstanden sein.

In der darauffolgenden Nacht soll der Angeklagte mithilfe des zuvor entwendeten Schlüsselbundes in das zuvor genannte Gebäude zurückgekehrt und dort nunmehr in das Obergeschoss eingedrungen sein und die dortigen Räumlichkeiten nach Stehlgut durchsucht haben. Er soll dort einen Zigaretten-

tenautomaten aufgebrochen und daraus 133 € Münzgeld sowie Zigarettenschachteln im Gesamtwert von 2.114 € entwendet haben. Zudem soll er eine Fernbedienung der Marke Buse gestohlen haben.

Beim Verlassen des Gebäudes, soll der Angeklagte vom Eigentümer getroffen worden seien. Es soll zu einer körperlichen Auseinandersetzung gekommen sein. In deren Verlauf soll der Angeklagte einen Bolzenschneider gezogen und in Richtung des Kopfes des Geschädigten geschlagen haben. Auch soll der Angeklagte gedroht haben, mit einer Glasflasche nach dem Geschädigten zu werfen. Dies alles soll er getan haben, um sich im Besitz des Diebesgutes zu halten. Der Geschädigte soll daraufhin von dem Angeklagten abgelassen haben. Auf der anschließenden Flucht soll der Angeklagte von der herbeigerufenen Polizei im unmittelbaren Nahbereich festgenommen worden sein.

4. Strafsache

gegen

a) S. (34)

b) P. (24)

c) M. (54)

d) J. (35)

wegen des Verdachts des bandenmäßigen Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge u.a.

14.03.2025, 9:00 Uhr, mit Fortsetzungen am 19.03., 25.03., 14.04., 28.04., 19.05., 21.05. und 28.05.2025, jeweils 9:00 Uhr,
XXI. Strafkammer, Saal 2,
(21 KLS - 336 Js 2157/24 - 28/24)

Die Staatsanwaltschaft legt den Angeklagten folgendes zur Last:

Spätestens am 01.05.2024 sollen sich die Angeklagten zu einer Bande zusammengeschlossen haben, die bis zu polizeilichen Maßnahmen am U 11.07.2024 bestanden haben soll, um arbeitsteilig in Gütersloh dauerhaft mit Heroin und Kokainhandel zu treiben.

Der Angeklagte zu a) soll für die Beschaffung der zu verkaufenden Betäubungsmittel zuständig gewesen sein. Die Angeklagte zu b) soll eine Wohnung in Gütersloh angemietet haben, in der die Betäubungsmittel gelagert, und von den Angeklagten zu a), b) und c) gemischt, gestreckt und zu Konsumeinheiten portioniert und verpackt worden sein sollen. Der Abverkauf soll voll allen Angeklagten, vorwiegend jedoch von der Angeklagte zu b) durchgeführt worden seien. Der Angeklagte zu a) soll die erzielten Einnahmen verwaltet haben.

Den Bandenmitgliedern werden in unterschiedlicher Beteiligung 4 konkrete Taten in der Zeit zwischen dem 28.05.2024 und dem 11.07.2024 vorgeworfen, bei denen insgesamt mit 7,21 g Heroin und 4 g Crack Handel getrieben worden sein soll. Der Angeklagte zu a) soll an zwei, die Angeklagte zu b) an drei, der Angeklagte zu c) an zwei Unterangeklagte zu b) an vier dieser Taten beteiligt gewesen seien.

Nach der Durchsuchung der von der Angeklagten zu b) zunächst angemieteten Wohnung am 11.07.2024 sollen die Angeklagten zu a) und b) den Handel, später auch aus einer neu angemieteten Wohnung fortgeführt haben.

Bei 3 Gelegenheiten in der Zeit zwischen dem 04.08.2024 und dem 30.09.2024 sollen die Angeklagten zu a) und b) mit insgesamt 35,08 g Heroin, 0,65 g Amphetamin und 17,84 g Rauschpilzen, 44,5 g Kokain und 2,91 g Crack Handel getrieben haben.

In der neu angemieteten Wohnung soll zudem in der Nähe der dort gelagerten Betäubungsmittel griffbereit eine Machete mit einer Klingenlänge von mehr als 12 cm zur Verteidigung der Betäubungsmittel und des erwirtschafteten Bargelds gelagert gewesen sein.

5. Strafsache

gegen

D. (48)

wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung u.a.

17.03.2025, 9:30 Uhr, mit Fortsetzungen am 21.03., 27.03. und 31.03.2025,
jeweils 39,

XXIV. Strafkammer, Saal 33,

(24 KLS - 566 Js 2580/22 - 21/23)

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Angeklagten folgendes vor:

Der Angeklagte und seine Familie sollen der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehören.

Als der Angeklagte Ende des Jahres 2017 davon erfahren haben soll, dass seine zu dem Zeitpunkt 14 Jahre alte Tochter Kontakt zu einem Jungen habe, der nicht der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehöre, soll er derart in Rage geraten sein, dass er seine Tochter gegen einen Kleiderschrank geworfen und sie anschließend über mehrere Stunden mit seinen Händen auf dem Kopf geschlagen und sie zudem gegen einen Herzkörper geworfen haben soll. Er soll der Geschädigten zu dem gedroht haben, diese umzubringen, wenn sie weiter Kontakt zu dem Jungen haben würde. Die Tochter soll aufgrund der Drohung den Kontakt zu ihrem Freund abgebrochen haben.

Ende April/Anfang Mai 2022 soll der Angeklagte erfahren haben, dass seine Tochter erneut gegen sein Verbot verstoßen habe, Kontakt zu einem Jungen zu haben, der nicht jüdischen Glaubens sei, und dass sie rauche. Er soll seine Tochter daraufhin mehrfach mit einem Gürtel und mit Fäusten auf ihren gesamten Körper geschlagen haben.

Am darauf folgenden Tag soll der Angeklagte aufgrund desselben Verdachts eine brennende Zigarette auf der Hand seiner Tochter ausgedrückt haben, sodass diese eine Brandwunde erlitten haben soll.

Ebenfalls im Mai 2022 soll der Angeklagte Zigaretten unter dem Kopfkissen seiner Tochter gefunden wiederum bei einer Kontrolle des Handys der Tochter festgestellt haben, dass diese weiterhin Kontakt zu dem vorgenannten Jungen habe. Er soll seine Tochter daraufhin in eine Ecke eines Zimmers geworfen haben und anschließend ein Schwert ergriffen haben und mit einer Ausholbewegung angedroht haben, die Geschädigte zu köpfen. Nachdem die Mutter erklärt haben soll, er müsse erst dann sie töten, soll er von seinem Vorhaben abgelassen haben und stattdessen die Tochter geschlagen haben.

Am 10.05.2022 soll der Angeklagte erneut, diesmal telefonisch, der Tochter angedroht haben, diese zu töten.

6. Strafsache

gegen

E. (34)

wegen des Verdachts des bewaffneten Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge

18.03.2025, 9:00 Uhr, mit Fortsetzungen am 20.03. und 28.03.2025, jeweils 9:00 Uhr,

I. Strafkammer, Saal 4,

(1 KLS - 336 Js 3344/21 - 12/23)

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Angeklagten folgendes vor:

Am 03.05.2021 soll der Angeklagte dem gesondert verfolgten T. in Minden 120 g Kokain und 20 g Kokain verkauft haben. Er soll dabei ein Einhandklappmesser mit einer Klingenlänge von 10 cm mit sich geführt haben.

Unter anderem wegen dieses Ankaufs ist der gesondert verfolgte T. von der XX. Große Strafkammer des Landgerichts Bielefeld mit rechtskräftigem Urteil vom 04.09.2023 zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren und 9 Monaten verurteilt worden.

7. Strafsache

gegen

a) D. (48)

b) H. (59)

c) P. (51)

d) G. (69)

b) R. (57)

wegen des Verdachts der Steuerhehlerei u.a.

20.03.2025, 9:00 Uhr, mit Fortsetzungen am 10.04., 14.04., 23.04., 13.05., 21.05., 03.06., 05.06., 10.06., 12.06., 17.06., 01.07., 02.07. und 04.07.2025, jeweils 9:00 Uhr,

IX. Strafkammer, Saal 5,

(9 KLS -6 JS 101/22 - 1/25)

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Angeklagten folgendes vor:

Die Angeklagten sollen in unterschiedlicher Beteiligung bei insgesamt 79 Gelegenheiten mit unversteuerten Zigaretten Handel getrieben haben.

Der Angeklagte zu a) soll dabei an insgesamt 37 Taten beteiligt gewesen sein und hierbei 187.475 € Steuern hinterzogen. Der Angeklagte zu b) soll an 55 Taten beteiligt gewesen sein und hierbei insgesamt 235.850 € hinterzogen haben. Der Angeklagte zu c) soll bei seiner Beteiligung an 6 der Taten Steuern in Höhe von 21.850 € hinterzogen haben. Der Angeklagte zu d) soll an 15 Taten beteiligt gewesen sein und hierbei 40.400 € Steuern hinterzogen haben. Der Angeklagte zu e) soll an 7 Taten beteiligt gewesen sein, wobei es sich bei 4 Taten um Beihilfehandlungen gehandelt haben soll, und hierbei Steuern in Höhe von 7.672 € hinterzogen haben.

8. Strafsache
gegen
D. (40)
wegen des Verdachts des Totschlags

20.03.2025, 9:30 Uhr, mit Fortsetzungen am 26.03. Und 01.04.2025, jeweils
9:30 Uhr,

X. Strafkammer, Saal 1,
(10 Ks - 446 Js 410/24 - 22/24)

Die Staatsanwaltschaft legt dem Angeklagten folgendes zur Last:

In der Zeit zwischen dem 19.11.2023 und dem 12.10.2024 soll der Angeklagte durch massive Einwirkung mit stumpfer Gewalt auf den Kopf des Geschädigten diesem mehrere Schädelbrüche und ein schweres Schädelhirntrauma zugefügt haben, wodurch dieser verstorben sein soll. Den Leichnam soll der Angeklagte in der Folge zerteilt und die Leichenteile in einer Gefriertruhe in seiner Wohnung in Verl gelagert haben.

9. Strafsache
gegen
a) S. (51)
b) K. (57)
wegen des Verdachts des Vorenthaltens und Veruntreuens von
Arbeitsentgelt u.a.

25.03.2025, 8:30 Uhr, mit Fortsetzungen am 28.03., 04.04., jeweils 12:00
Uhr, 07.04., 14:30 Uhr, 08.04., 09.04., Jeweils 9:30 Uhr, 11.04., 12:00 Uhr,
28.04., 14:30 Uhr, 29.04., 08.05., Jeweils 9:30 Uhr, 09.05., 23.05., jeweils
12:00 Uhr, 26.05., 27.05. und 28.05.2025, jeweils 9:30 Uhr,

IX. Strafkammer, Saal 5,
(9 Ks - 6 Js 63/20 - 4/21)

Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten folgendes vor:

Der Angeklagte zu a) soll in der Zeit zwischen Oktober 2011 und Juli 2017 ein auf die Verlegung von Steinböden spezialisiertes Bauunternehmen betrieben haben. Dies soll er weder der zuständigen Gewerbebehörde, noch der Bundesagentur für Arbeit angezeigt haben. Er soll seine Arbeitnehmer auch nicht bei der jeweiligen Krankenkasse als zuständige Einzugsstelle der Sozialversicherung angemeldet haben. Auch gegenüber dem Finanzamt soll er nicht angegeben haben, unter Beschäftigung von Arbeitnehmern Bauarbeiten zu erbringen. Die von ihm ausgeführten Arbeiten soll der Angeklagte über sogenannte Serviceunternehmen abgerechnet haben. Diese sollen meistens in der Rechtsform der GmbH betrieben worden sein. Diese Unternehmen sollen zeitweise Arbeitnehmer des Angeklagten zu a) gegen Kostenerstattung durch diesen als eigene Arbeitnehmer zur Sozialversicherung angemeldet und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt, aber geringere Arbeitszeiten als die tatsächlich erbrachten angegeben haben.

Die Unternehmen sollen die geleisteten Arbeiten gegenüber den Endkunden abgerechnet und die vereinnahmten Gelder nach Abzug einer Provision an den Angeklagten zu a) ausgekehrt haben.

Durch die Nichtanmeldung der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung und die Nichtabführung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge soll der Angeklagte zu a) in dem oben genannten Zeitraum in 49 Fällen gegenüber 2 Sozialversicherungsträgern insgesamt gut 108.000 € Arbeitnehmeranteile und knapp 121.000 € Arbeitgeberanteile nicht abgeführt bzw. weitergeleitet haben.

Zudem soll der Angeklagte in der Zeit zwischen April 2011 bis Juli 2017 bei 42 Gelegenheiten die erforderlichen Lohnsteueranmeldungen gegenüber dem Finanzamt nicht abgegeben haben, wodurch ein Steuerschaden in Höhe von knapp 50.000 € entstanden sein soll.

Der Angeklagte zu b) soll den Angeklagten zu a) in dem vorgenannten Tatzeitraum in Kenntnis der Umstände als Vertreter zweier Firmen mit der Verlegung von Betonwerk Steinböden beauftragt haben. Er soll dadurch den Angeklagten zu a) bei 45 Gelegenheiten zum Vorenthalten von Arbeitsentgelt und bei 39 Gelegenheiten zur Steuerhinterziehung angestiftet haben.

10. Nicht-öffentliche

Strafsache

gegen

X

wegen des Verdachts der Vergewaltigung u.a.

31.03.2025, 9:00 Uhr, mit Fortsetzungen am 09.04., 28.04. und 30.04.2025,

jeweils 9:00 Uhr,

XX. Strafkammer, Saal 3,

(20 Ks - 566 Js 3627/23 - 29/24)

Die Staatsanwaltschaft wirft dem zur Tatzeit jugendlichen Angeklagten die Vergewaltigung eines Kindes in 3 Fällen vor.

Eisenberg